

Plenarbericht Dezember 2010

Die CDU-Fraktion dokumentiert alle Themen und Debatten der 38. bis 40. Plenarsitzung (8. bis 10. Dezember 2010)

(TOP 1) Neue Minister im Landtag vereidigt

Im Thüringer Landtag wurden der bisherige sächsische Finanzstaatssekretär Dr. Wolfgang Voß als neuer Finanzminister und der bisherige Thüringer Innenstaatssekretär Jörg Geibert (beide CDU) als Innenminister vereidigt. Die bisherige Finanzministerin Marion Walsmann, die als Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten an die Spitze der Staatskanzlei wechselt, wurde nicht erneut vereidigt. Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) hatte den Wechsel von Innenminister Prof. Peter Huber zum Bundesverfassungsgericht zur Veränderung ihrer CDU-Regierungsmannschaft genutzt.

(TOP 48a) Keine konkreten Hinweise auf Terror-Bedrohung in Thüringen

Im Freistaat Thüringen gibt es derzeit keine konkreten Hinweise auf eine Terror-Bedrohung. Nach den Worten des CDU-Innenministers Jörg Geibert bleibt aber die Gefährdungslage weiter unverändert. Weiterhin werde es intensive Sicherheitsmaßnahmen geben. Die erhöhte Präsenz von Polizei und Sicherheitsbehörden bleibe bestehen. Der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Fiedler lobte das bisherige besonnene Handeln der Sicherheitskräfte. Die CDU-Fraktion hatte das Thema (Drs. 5/1891) in einer Aktuellen Stunde aufgerufen.

(TOP 48b) Laufzeitverlängerung und Castortransporte

Im Gegensatz zu einigen Castor-Gegnern ist der Castor-Transport umfassend geregelt und kontrollierbar. Das sagte der CDU-Abgeordnete Michael Heym in einer Aktuellen Stunde (Drs. 5/1907, DIE LINKE) im Plenum. „Es ist ein Widerspruch in sich, im Plenum selbstgerecht auf Probleme mit Castortransporten hinzuweisen und gleichzeitig dazu aufzurufen, Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zu begehen“, entgegnete Heym Abgeordneten der LINKEN und GRÜNEN. Die Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Marion Walsmann betonte zudem, dass die Frage der Notwendigkeit einer Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ebenso wie die Frage der Zustimmungsbedürftigkeit durch den Bundesrat rechtlich umstritten sei. Die Landesregierung habe sich nach Abwägung aller Für und Wider eine Laufzeitverlängerung sprechenden Argumente darauf verständigt, sich zu dieser Frage im Bundesrat zu enthalten.

(TOP 48c) Hervorragende Energiepolitik in Thüringen

Die CDU setzt im weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien auf einen ausgewogenen Energiemix alternativer Gewinnungsmethoden. Darauf machte der CDU-Energiepolitiker Henry Worm in einer Aktuellen Stunde (Drs. 5/1908, SPD) im Landtag aufmerksam und lobte das Abschneiden Thüringens bei der Studie „Erfolgsfaktoren für den Ausbau Erneuerbarer Energien“ vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), vom Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung (ZSW) sowie von der Agentur für Erneuerbare Energien. Thüringen wurde neben Brandenburg und Bayern mit dem Bundesländerpreis „Leitstern 2010“ für seine hervorragenden

Ergebnisse im Bereich der Erneuerbaren Energien ausgezeichnet. „Das Ergebnis ist der Lohn für die hervorragende Arbeit Thüringens auf diesem Gebiet in den vergangenen 15 Jahren“; so Worm.

(TOP 48d) Kein Entscheidungsstau in der Landespolitik

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 5/1936) hat der schwarz-roten Koalition vorgeworfen, ihre Arbeit vor sich herzuschieben. Viele Themen würden seit Monaten nicht im Landtag behandelt. CDU und SPD wiesen die Vorwürfe zurück. Die Regierungskoalition mache ihre Arbeit. Genannt seien das Kita-Gesetz, Haushalt und Schulgesetz. Letztere wurden in den aktuellen Plenarsitzungen im Landtag entschieden.

(TOP 48e) Kita-Gesetz ist ausfinanziert

Das Kita-Gesetz ist vom Freistaat ausfinanziert. Das unterstrich der CDU-Abgeordnete Dr. Mario Voigt in der Plenardebatte im Rahmen einer Aktuellen Stunde (Drs. 5/1945, FDP). „202 Millionen Euro sind in den Schlüsselzuweisungen der Gemeinden für die Kita-Finanzierung enthalten, hinzu kommen 172 Millionen Euro über die Kinderpauschalen. Die Elternbeiträge sind mit 78 Millionen Euro veranschlagt. Damit ist eine Ausfinanzierung der Kita-Gesetz Novelle gesichert“; so Voigt. Außerdem werde es eine Spitzabrechnung dazu geben. Eine Verlagerung eines Teilbetrags von der Schlüsselmasse in Landespauschalen zur Kita-Finanzierung sei u. a. auch aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich.

(TOP 2a, b und c) Neues Schulgesetz verabschiedet

Der Thüringer Landtag beschloss das neue Schulgesetz mit den Stimmen der schwarz-roten Koalition. Das Gesetz enthält drei wesentliche Punkte: Einführung der Thüringer Gemeinschaftsschule, gute Entwicklungsoptionen für die Regelschulen mit dem Qualitätssiegel Oberschule und mehr Landeskompetenzen bei der Berufsschulnetzplanung. „Es ist richtig, die Thüringer Schullandschaft moderat weiter zu entwickeln und z. B. die Gemeinschaftsschule auf freiwilliger Basis einzuführen“; sagte der CDU-Bildungspolitiker Volker Emde im Plenum. Der CDU-Politiker hob insbesondere die gesetzliche Verankerung des Qualitätssiegels Oberschule als wichtigen Schritt hervor.

(TOP 6) Landeshaushalt verabschiedet - CDU schlägt Konsolidierungsvereinbarung vor

Nach einer Sitzung von mehr als 16 Stunden hat der Landtag den Landeshaushalt für das kommende Jahr verabschiedet. Der Etat 2011 umfasst ein Volumen von insgesamt 9,48 Milliarden Euro und fällt damit rund 300 Millionen Euro niedriger aus als der Haushalt des laufenden Jahres. Für das kommende Jahr nimmt das Land neue Schulden in Höhe von rund 470 Millionen Euro auf. Die CDU-Fraktion hat den Fraktionen des Landesparlaments in der Plenardebatte zum Haushalt 2011 (Drs. 5/1541) eine sieben Punkte umfassende Konsolidierungsvereinbarung für Thüringen vorgeschlagen. Die Fraktion will 2011 eine Schuldenbremse in der Landesverfassung verankern und mit kommunalen Mandatsträgern, Bürgerinnen und Bürgern über die Verwaltungs- und Gebietsstrukturen auf allen Ebenen diskutieren. „Wo sich Änderungsbedarf ergibt, werden die Wahlen für kommunale Mandate und Ämter 2020 in neuen Strukturen stattfinden“; heißt es in dem Papier. Der Fraktionsvorsitzende Mike Mohring warb in seiner Haushaltsrede „aus Verantwortung für Thüringen für eine Sanierungsstrategie, die über den Rhythmus der Landtagswahlen hinaus trägt. Gelingt dies nicht, steht die politische Handlungsfähigkeit auf dem Spiel“; ist Mohring überzeugt. Wie er ausführte, werde sich bis zum Jahr 2020 vieles ändern, weil das Land dann nur mit eigenen Einnahmen und dem in dieser Dekade neu zu verhandelnden Länderfinanzausgleich leben müsse. Thüringen werde dann, 30 Jahre nach der Neugründung des Landes, noch zwei Millionen Einwohner haben, etwa ein Fünftel weniger als zur Mitte der 90er Jahre. „Die Ministerpräsidentin hat mit Thüringen 2020 einen Diskussionsprozess über die notwendigen Konsequenzen, einen zweiten

Aufbruch angestoßen“; An diesem zeitlichen Zielpunkt müssten sich alle Anstrengungen orientieren.

(TOP 3a und b) Rechte gleichgeschlechtlicher Paare gestärkt

Gleichgeschlechtliche Paare dürfen vom kommenden Jahr an in Thüringen vor dem Standesamt heiraten. Ein entsprechender Gesetzentwurf (Drs. 5/1408) der Landesregierung ist im Landtag verabschiedet worden. Bislang waren die Landkreise und kreisfreien Städte für die Begründung eingetragener Lebenspartnerschaften zuständig. “Die Rechte gleichgeschlechtlicher Paare werden gestärkt. Damit erfüllt die Landesregierung eine Vereinbarung des Koalitionsvertrags“; sagte die CDU-Abgeordnete Elke Holzapfel im Plenum.

(TOP 4) Änderungen im Thüringer Verwaltungskostengesetz

Die Regelung zur sachlichen Verwaltungskostenfreiheit für Entscheidungen über die Festsetzung von Entschädigungen aus öffentlichen Mitteln sowie Angelegenheiten eines Bürgerantrags bedarf einer klarstellenden Ergänzung hinsichtlich der Geltung. Dem Gesetzentwurf (Drs. 5/1506) wurde ohne Aussprache zugestimmt.

(TOP 5) Keine Eingliederung von Eisenach

Der Gesetzentwurf (Drs. 5/1526) der Fraktion DIE LINKE sah die Eingliederung des Stadt Eisenach in den Wartburgkreis vor. “Wir stehen im vorliegenden Fall Strukturänderungen offen gegenüber. Aber so, wie es im Gesetzentwurf vorgeschlagen wird, geht es jedenfalls nicht. Denn der Gesetzentwurf sieht vor, dass alle Probleme auf Kosten des Landes bzw. der anderen Kommunen gezahlt werden. Das Land hat aber nicht unendlich viel Geld zur Verfügung“; sagte der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Fiedler im Plenum. Der Gesetzentwurf wurde abgelehnt.

(TOP 7) Gesetze entfristet und verlängert

Durch den Gesetzentwurf (Drs. 5/1553) der Landesregierung werden das Thüringer Verwaltungsfachhochschulgesetz und das Thüringer Personalvertretungsgesetz verlängert, nicht aber inhaltlich geändert. Das Thüringer Verwaltungsfachhochschulgesetz wird entfristet, das Personalvertretungsgesetz um ein Jahr verlängert. Das Gesetz wurde angenommen.

(TOP 8a und b) Indexregelung hat sich bewährt

Das Diätenmoratorium der Fraktion DIE LINKE wurde bereits im letzten Plenum abgelehnt. Auch ein Gesetzentwurf (Drs. 5/1555) der FDP erhielt keine Zustimmung. Der CDU-Abgeordnete Gustav Bergemann wies darauf hin, dass die bestehende Indexregelung gerecht sei und sich bewährt habe. Andere Bundesländer hätten die Indexregelung daher auch übernommen. Zu beachten sei außerdem, dass die Erhöhung der Abgeordnetengrundentschädigung insbesondere an die allgemeine Einkommensentwicklung der abhängig Beschäftigten gekoppelt sei.

(TOP 9) Transparentes Verfahren bei Förderschulen gefordert

Der CDU-Fraktion ist sehr daran gelegen, dass Schulen in freier Trägerschaft angemessen und auskömmlich gefördert werden. Das betonte der CDU-Bildungspolitiker Volker Emde in der Plenardebatte zum Gesetzentwurf (Drs. 5/1566) der Landesregierung. Freie Schulen seien nicht besser und nicht schlechter als freie Schulen. Auch staatliche Schulen könnten Motor von Qualitätsentwicklung sein. „Auch wenn freie Schulen einen gewissen Sparbeitrag leisten müssen, muss man ihnen die Möglichkeit geben, zumindest flexibler und effizienter mit diesen Mitteln umgehen zu können. Wir sehen durch das Gesetz keine Bestandgefährdung für die Schulen in freier Trägerschaft“, so Emde. Er forderte transparente Verfahren bei der Ermittlung der Fördersätze bei freien Schulen. Der Gesetzentwurf wurde angenommen.

(TOP 10) Ökologische Altlasten in Thüringen

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und bei Enthaltung der Grünen hat der Thüringer Landtag die Änderung des Gesetzes über das Sondervermögen "Ökologische Altlasten in Thüringen" (Drs. 5/1754) beschlossen. Mit der Anhebung des bisher auf 457,6 Mio. Euro begrenzten Verpflichtungsrahmens des Sondervermögens bleibt die Handlungsfähigkeit des Sondervermögens gesichert. Insbesondere beim Großprojekt Kali und beim Projekt Rositz - die neben anderen Altlastensanierungen aus diesem Sondervermögen finanziert werden - waren zusätzliche Forderungen angemeldet worden. Mit dem neuen Verpflichtungsrahmen in Höhe von 525 Mio. Euro kann die Umsetzung des beplanten Mehrbedarfs bis 2012 erfolgen. „In zwei Jahren werden wir uns erneut mit dem Gesetz über das Sondervermögen beschäftigen müssen. Dann soll nämlich endgültig feststehen, in welchem Umfang und in welchem Zeithorizont die Altlastenprojekte noch zu finanzieren sind und zu einem Abschluss kommen werden“, sagte der CDU-Umweltpolitiker Egon Primas im Plenum.

(TOP 11a und b) Erziehungsgeld bleibt erhalten

Die Fraktionen der FDP sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollten mit ihren Gesetzen (Drs. 5/1766 und Drs. 5/1765) das Thüringer Erziehungsgeld als ergänzende Leistung zum Bundesrecht abschaffen. Das lehnte der Thüringer Landtag ab. „Wir müssen das Thüringer Erziehungsgeld als elementaren Bestandteil der familienpolitischen Förderkette im Anschluss an das Bundeselterngeld erhalten. Wir sagen ja zur Familie. Wir geben den Familien mit dem Erziehungsgeld Freiheit und Verantwortung“, sagte der CDU-Sozialpolitiker Christian Gumprecht im Plenum. Er verwies auf Artikel 17 Abs. 2 der Thüringer Verfassung. Dort heißt es: Wer in häuslicher Gemeinschaft Kinder erzieht oder für andere sorgt, verdient Förderung und Entlastung.

(TOP 12) Stiftung FamilienSinn bleibt bestehen

Die Aufhebung der Stiftung FamilienSinn (Drs. 5/1767, FDP) wurde vom Thüringer Landtag abgelehnt. „Die Stiftung leistet Maßnahmen der Familienhilfe und Familienbildung, wie im Thüringer Familienförderungsgesetz festgelegt. Eine Auflösung der Stiftung würde außerdem nicht das erhoffte Einsparvolumen von 34 Mio. Euro bringen. Das bestehende Stiftungskapital soll die Familienförderung unabhängig von der Haushaltslage des Landes absichern“, sagte der CDU-Abgeordnete Egon Primas in der Plenardebatte.

(TOP 13) Thüringer Datenschutzgesetz soll angepasst werden

Der Gesetzentwurf (Drs. 5/1890, FDP) nimmt eine Verabredung des Koalitionsvertrags auf. Das Thüringer Datenschutzgesetz soll den veränderten Anforderungen an die Verwendung personenbezogener Daten und an die aktuelle Rechtsprechung angepasst werden. Konkret nimmt der Gesetzentwurf ein Urteil des EuGH zum Anlass, die Zuständigkeit der für den Datenschutz existierenden Kontrollstellen in Frage zu stellen. Insbesondere soll die bisher beim Landesverwaltungsamts angesiedelte Zuständigkeit für den nichtöffentlichen Bereich an den Datenschutzbeauftragten übertragen werden, um "völlige Unabhängigkeit" zu gewährleisten. Ob dies "der Weisheit letzter Schluss" ist, wird die Ausschussbefassung zeigen.

(TOP 14) Elektronischer Eintrag wird geregelt

Schulden, die nicht mit einer Schuldurkunde belegt sind, werden in ein Landesschuldbuch eingetragen. Das Gesetz (Drs. 5/1909) regelt, dass auch ein elektronischer Eintrag möglich ist. Der Entwurf wurde ohne Aussprache in den Ausschuss überwiesen.

(TOP 15) Änderungen wegen Ausbildungsberuf

Dem ersten Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Berufsbildungsgesetzes im Bereich des öffentlichen Dienstes wurde ohne Aussprache zugestimmt. Zur Ausführung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) ist es nach § 73 Abs. 2 BBiG erforderlich, auf Landesebene die zuständige Stelle für die Berufsbildung im öffentlichen Dienst unter anderem für den Ausbildungsberuf Sozialversicherungsfachangestellte/r zu bestimmen. Dies war bislang ausschließlich in der Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Berufsbildung erfolgt.

(TOP 16) Erfurter Flughafen wird umbenannt

Bei dem Antrag (Drs. 5/984, FDP) handelt es sich um einen Rückläufer aus dem Ausschuss. Mit dem Antrag wurde die Landesregierung aufgefordert, ihre Möglichkeiten dahingehend zu nutzen, den Erfurter Flughafen in "Erfurt – Weimar" umzubenennen. Minister Carius hatte die Umbenennung bereits Mitte Juni 2010 angekündigt. Mit der Zustimmung des Aufsichtsrats im September ist das Ziel erreicht, den Sommerflugplan unter neuem Namen bewerben zu können.

(TOP 17 und 32) Altschulden der Wohnungsunternehmen

Einstimmig hat der Landtag einen Antrag (Drs. 5/986) der Koalitionsfraktionen angenommen, mit dem die Landesregierung gebeten wird, gegenüber der Bundesregierung auf eine abschließende Regelung zu den Altschulden der Wohnungsunternehmen in den neuen Ländern hinzuwirken. Die Regelung soll auch Hilfen für Wohnungsunternehmen berücksichtigen, die in ihrer Existenz nicht gefährdet sind, sich jedoch am Stadtumbau beteiligen.

(TOP 18) Erneuerbare Energien im Blickpunkt

Mit einem Antrag (Drs. 5/1091) forderte die FDP-Fraktion die Landesregierung auf, die Unternehmen der Energiebranche (speziell der erneuerbaren Energien) stärker zu fördern und dem Ausbau insbesondere von Windkraftanlagen mit Augenmaß zu begegnen. Unter anderem sollen bereits ausgewiesene Flächen ausgelastet, statt neue Flächen erschlossen werden. Der Beschlussempfehlung (Drs. 5/1773) des Wirtschaftsausschusses wurde zugestimmt.

(TOP 20a und b) Vorhandene Strukturen festigen

Mit zwei Anträgen (Drs. 5/1403, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 5/1463, DIE LINKE) wurde gefordert, ein Freiwilliges Jahr in der Politik einzuführen. Ziel sollte sein, junge Menschen auf die Strukturen in Politik und Verwaltung sowie politische Abläufe einzustellen, sie mehr mit den Dingen vertraut zu machen, um Einblicke in die politischen Prozesse gewinnen zu können. Angesichts der Abschaffung der Wehrpflicht und damit verbunden des Zivildienstes machte der CDU-Politiker Manfred Grund darauf aufmerksam, dass keine neuen Strukturen eingeführt, sondern vielmehr die bestehenden gefestigt werden sollten. Zudem gebe es bereits laufende Maßnahmen und auch Einsatzstellen, die thematisch in Richtung eines Freiwilligen Jahres in der Politik gehen. Die Anträge wurden abgelehnt.